

RÜSTUNGSINDUSTRIE ALS „ENTWICKLUNGSHILFE“ DIE UMSIEDLUNG VON PRODUKTIONSKAPAZITÄTEN AUS WESTBÖHMEN IN DIE SLOWAKEI¹

Von Jennifer Schevardo

Die Industrialisierung der Slowakei im Kontext der ersten Nachkriegsjahrzehnts

Bei der Rekonstruktion der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg ergaben sich für den staatlichen Neubeginn einige erhebliche Schwierigkeiten. Zunächst mußten die Demütigung von 1938, die mehrjährige nationale Spaltung sowie die damit verbundenen, gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen Tschechen und Slowaken überwunden werden. Zudem sollten beim Neuaufbau des Staates die Fehler vermieden werden, die die Republik der Zwischenkriegszeit geschwächt und ihre Zerstörung erleichtert hatten. Eine besondere Rolle fiel dabei der Umstrukturierung der tschechoslowakischen Wirtschaft zu. Diese sollte zum Transmissionsriemen eines neuen, gemeinsamen Patriotismus werden. Die staatliche Einheit sollte durch den Ausgleich der ökonomischen Disparitäten zwischen den Regionen des Landes und deren wirtschaftliches Zusammenwachsen untermauert werden. Zu diesem Zweck startete die erste Regierung der Nationalen Front bald nach Kriegsende verschiedene regionale Entwicklungsprogramme, unter denen jenes zur Industrialisierung der Slowakei Priorität hatte. Ideologisch zielte dieses Projekt der forcierten Industrialisierung der Slowakei auf die Ablösung der bislang dominanten agrarischen Strukturen. Den Landwirten und Grundbesitzern wurde von tschechischer Seite genau jene reaktionäre, separatistische Haltung vorgeworfen, die den slowakischen Opportunismus gegenüber Hitler gefördert hätte.² Wirtschaftlich erforderlich wurde das Projekt durch den enormen Arbeitskräfteüberhang in der Slowakei, der durch die Expansion der Industrie während und die anschließende Zerstörung der Unternehmen am Ende des Krieges, die Erschöpfung der landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie die Rückkehr der Arbeiter aus Deutschland entstan-

¹ Dieser Beitrag faßt einige Ergebnisse meiner Magisterarbeit zusammen, die im Mai 2000 unter dem Titel: „Die Rüstungspolitik der CSR 1945–54. Das Beispiel Škoda in Westböhmen und der Slowakei“ an der Ruhr-Universität Bochum angenommen wurde.

² Die ideologische Motivation der ökonomischen Hilfe aus Prag wurde bereits nach den Maiwahlen 1946 deutlich, als im östlichen Landesteil wieder separatistische Stimmen laut wurden. Die Zentralregierung reagierte mit einer Reduzierung der zuvor gebilligten Rechte der Selbstverwaltung, intensivierte aber gleichzeitig, zum Zwecke der sozialen Befriedung, die wirtschaftliche Aufbauhilfe. Vgl. Hoensch, Jörg K.: Die Entwicklung in der Slowakei und die Ausgestaltung der tschechisch-slowakischen Beziehungen 1945–1948. In: Schicksalsjahre der Tschechoslowakei 1945–1948. Hrsg. v. Nikolaus Lobkowicz und Friedrich Prinz. München-Wien 1981, 65–102, hier 94.

den war. Dieser konnte durch die Einbindung der Slowaken in das gleichzeitig laufende Programm zur Neubesiedelung der Grenzgebiete gemindert, aber nicht entscheidend abgebaut werden.³ Komplementär dazu gab es in Westböhmen einen Mangel an Arbeitskräften, der ebenso gravierend wie schwer zu bewältigen war. Darum entschloß sich die Regierung, das dortige Industripotential dauerhaft zu senken, zumal diese Region zu sehr in Reichweite eines möglicherweise bald wieder erstarkenden Deutschlands lag.⁴ Der Schlüssel zum Ausgleich der Disproportionalität zwischen dem Osten und dem Westen des Landes sollte die Verlagerung von Produktionskapazitäten aus Böhmen in die Slowakei sein.

Dieses sehr aufwendige Projekt, das hier als eines der zentralen Ereignisse der tschechoslowakischen Industriepolitik der ersten Nachkriegsjahre betrachtet werden soll, reflektiert sehr deutlich den Prozeß der gesamten wirtschaftlichen und politischen Aus- bzw. Umgestaltung des Staates in dieser Zeit.

Die unter wachsendem kommunistischen Einfluß durchgesetzte Straffung und Institutionalisierung der Wirtschaftsverwaltung erleichterte zunehmend die zentrale Verfügbarmachung und Dislozierung von Produktionskapazitäten. Die gleichzeitige außenwirtschaftliche Anpassung der Tschechoslowakei an die Forderungen der Sowjetunion wiederum hatte erheblichen Einfluß auf die inhaltliche Ausgestaltung des Umsiedlungsprojektes. Auf beide Prozesse wirkte der mit dem Beginn des Kalten Krieges einsetzende internationale Rüstungsboom wie ein Katalysator. Die Tschechoslowakei sollte zu einer der größten Waffenschmieden des Ostblocks werden und ihre Produktionsstandards an die der Sowjetunion angleichen. Die innenpolitischen Folgen dieses Projektes waren die Intensivierung der industriellen Einseitigkeit, die quasi-militärische Gestaltung der Wirtschaftslenkung und die Einbindung immer größerer Teile der Bevölkerung in rüstungsrelevante Bereiche.

Auch bei der Industrialisierung der Slowakei wurde das Argument der staatlichen Verteidigungsbereitschaft immer dominanter. Folglich wurden hier zunehmend rüstungsindustrielle Kapazitäten angesiedelt und ausgebaut, während andere Bereiche mehr und mehr vernachlässigt wurden. Die Rüstungsindustrie wurde zu einem zentralen Faktor der regionalen „Entwicklungshilfe“.

Die Einbeziehung der böhmischen Rüstungskapazitäten in das Industrialisierungsprojekt führte dazu, daß verstärkt Arbeiter von den Umsiedlungen betroffen waren. Denn gerade in diesem Produktionsbereich waren die Beschäftigten besser qualifiziert als der Durchschnitt der slowakischen Arbeiter.⁵ Es stellt sich also die Frage, wie die direkt Betroffenen auf die Entscheidung der Zentralbehörden, die einen tiefen Eingriff in ihre Lebensumstände bedeutete, reagierten. Dies soll hier anhand einer Fallstudie zur Verlagerung einer Gruppe von Rüstungskonstrukteuren aus dem Škodawerk in Pilsen (Plzeň) in den ehemaligen Tochterbetrieb des Unternehmens nach Dubnica nad Váhom in der Slowakei untersucht werden. Die

³ 1947 waren 172 500 Slowaken in den Grenzgebieten beschäftigt. *Ebenda* 120.

⁴ Slezák, Lubomír: Osídlování pohraničí českých zemí v letech 1945–1959 [Die Besiedlung der tschechischen Grenzgebiete 1945–1959]. *Hospodářské dějiny* 6 (1980) 277–312, hier 283.

⁵ Jíša, Václav: Škodovy závody 1859–1965 [Die Škodawerke 1859–1965]. Praha 1969, 261.

Tatsache, daß hier nicht nur über willenlose Objekte, sondern über leibhaftige Menschen verfügt werden sollte, kann als Maßstab für die Wirksamkeit politischer Vorgaben im konkreten Bereich dienen.

Die administrativen Voraussetzungen

Mit der Umsiedlung von Produktionsanlagen aus Böhmen in die Slowakei wurde bereits im Sommer 1945 begonnen. Dabei handelte es sich zunächst um sudeten-deutsche Betriebe, von deren anfangs sehr rigide durchgeführter Konfiszierung und Abtransport die Rote Armee nach einem Abkommen der beiden Regierungen Ende Juli 1945 abließ. Die Sowjetunion versprach die Erhaltung einer integralen Wirtschaft in der Tschechoslowakei und erhielt dafür das Recht, umfangreiche Produktionsaufträge zu erteilen.⁶ Ein Regierungsmemorandum vom April 1946 sicherte der Slowakei ihren Anteil an den Konfiskaten *in re* zu. Im gleichen Monat wurde bei der Regierung unter Beteiligung von Vertretern der Militärverwaltung eine Kommission für die Industrialisierung der Slowakei eingerichtet, die die Übersiedlung koordinieren sollte.⁷

Die konkrete Umsetzung des Verlagerungsprojektes stieß von Anfang an auf erhebliche Widerstände, zunächst vor allem in der vom Abzug industrieller Einheiten betroffenen Region Böhmens. Diese verlor bis August 1947 durch Betriebs-schließungen 60 000 Arbeitsplätze und 12 Prozent ihrer Produktionskapazität.⁸ Die Industrie, und seit den dreißiger Jahren besonders die Schwerindustrie, hatte der Region Prosperität gebracht. Auch nach den Bombenangriffen gegen Kriegsende verblieb eine solide Produktionsgrundlage. Die Wiederinbetriebnahme der Unternehmen nach Kriegsende litt eher am Mangel an Arbeitskräften als an defekten Produktionsmitteln.⁹ Der hohe Verflechtungsgrad der böhmischen Industrie ließ angesichts der Demontagen weitreichende Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft der Region, das lokale Gewerbe und die Zulieferbetriebe befürchten. Doch die noch vor der kommunistischen Machtübernahme initiierte Zentralisierung der wirtschaftlichen Lenkung ermöglichte es, die Widerstände der Eigentümer, Verwaltungsräte und Betriebsleitungen weitgehend auszuhebeln.

⁶ Záznam o jednání čl. delegace v lidovém komisariátu zahraničního obchodu v Moskvě ve dnech 30. července 1945 a následujících [Notiz über die Verhandlung der tschechoslowakischen Delegation im Volkskommissariat für Außenhandel in Moskau in den Tagen des 30. Juli 1945 und folgenden]. Archiv Národního muzea [Archiv des Nationalmuseums, Prag] ANM, Nachlaß Villem Hromadko, ohne Signatur.

⁷ Komise pro zprůmyslnění Slovenska. Určení člena za MNO, 12. April 1946 [Kommission für die Industrialisierung der Slowakei. Bestimmung des Mitgliedes für das Verteidigungsministerium]. Vojensko-historický archiv [Militärhistorisches Archiv, Prag] VHA, MNO-hl. št. (hlavní štáb [Hauptstab]), 1946, čj. 383.

⁸ Barňovský, Michal: Premiestňovanie priemyslu z českého pohraničia na Slovensko v rokoch 1945–1948 [Die Umsiedlung von Industrie aus dem tschechischen Grenzgebiet in die Slowakei in den Jahren 1945–1948]. Hospodárské dejiny 6 (1980) 101–145, hier 103.

⁹ Ausführlich dokumentiert ist dieser Umstand für die Pilsener Škodawerke. Zpráva o všeobecné situaci podniku, 24. Mai 1945. [Nachricht über die allgemeine Situation des Betriebes]. ANM, Nachlaß Villem Hromadko, ohne Signatur.

Bereits im Januar 1946 wurden die bis dahin über 2000 sozialisierten Betriebe zu 368 nach Branchen konzentrierten Nationalunternehmen (národní podniky) zusammengefaßt, die Eigentum des Staates waren.¹⁰ Sie sollten Innovationsträger und Musterbeispiele ihrer jeweiligen Branchen und dadurch ein wichtiges Instrument zur direkten Umsetzung staatlicher Ziele in der Wirtschaft werden. Die Leitung der jeweiligen wirtschaftlichen Bereiche übernahmen Generaldirektionen, in der Slowakei Regionaldirektionen, bis März 1947 ganze 17 bzw. zwölf an der Zahl. Aufgrund der zentralen Rolle, die der Schwerindustrie im Wiederaufbau zugeteilt wurde, war unter den Generaldirektionen diejenige der Tschechoslowakischen Unternehmen für Schwermaschinenbau (Československé závody těžkého strojírenství, ČZTS) am mächtigsten. Die meisten der hierhin zugeteilten Betriebe waren in das Projekt zur Industrialisierung der Slowakei involviert.

Endgültig erleichtert wurde die Beschlagnahme und Umwidmung von Produktionskapazitäten durch die – spätestens nach Februar 1948 – deutliche Bevorzugung der Schwerindustrie sowie das mit dem Rüstungsboom durchgesetzte Primat des Militärischen. In den Akten finden sich unzählige Vorgänge, bei denen kleinere Betriebe der Konsumgüterindustrie unter militärische Verwaltung gestellt und die auf diese Weise verfügbar gemachten Produktionsmittel und Liegenschaften an Nationalunternehmen übergeben wurden, die sich zur Nutzung dieser Kapazitäten für militärische Zwecke verpflichteten.¹¹

Protest gegen die Umsiedlung gab es auch von Seiten der betroffenen Belegschaften, die sich gegen ihre massenhafte Entlassung bzw. den zwangsweisen Umzug in die Slowakei wehrten. Durch höhere Löhne und besondere Prämien sollten diese zunächst zur freiwilligen Übersiedlung motiviert werden. Wie die gesamte Wirtschaftslenkung wurde auch die der Arbeitskräfte nach der kommunistischen Machtübernahme wesentlich vereinfacht. Die Pluralität der betrieblichen Interessenvertretung wurde dadurch aufgehoben, daß sämtliche Gewerkschaftsorgane im Einheitsverband der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung (Revoluční odborové hnutí, ROH) aufgingen.¹² Durch ihre, besonders auf den höheren Ebenen, enge personelle Verquickung mit der kommunistischen Partei sowie den staatlichen Organen, stand sie im Zweifelsfall deren Interessen näher als denen der Arbeiter.

Die Hinwendung zur Rüstungsindustrie

Zunächst wurden hauptsächlich kleinere, leichtindustrielle Betriebe, zum Großteil deutsche Konfiskate, umgesiedelt. Doch diese Zusammensetzung der verlagerten industriellen Kapazitäten stieß sehr bald auf Kritik, besonders von Seiten der Volks-

¹⁰ Obdržálek, Václav: Znárodněný průmysl v Československu [Die nationalisierte Industrie in der Tschechoslowakei]. Praha 1947, 15.

¹¹ z. B. Žádost o převedení voj. objektu do vlastnictví n. p. Tatalan [Antrag auf Überführung eines militärischen Objektes in das Eigentum des Nationalunternehmens Tatalan]. VHA, Fond MNO, 1951, čj. 10891/51.

¹² Bauerová, Marie: Dověření politického zápasu a výsledky dvouletky ve Škodových závodech [Die Vollendung des politischen Kampfes und die Resultate des Zweijahrplans in den Škodawerken]. Československý časopis historický 2 (1980) 192–213, hier 206.

sozialistischen Partei (Československá strana národně socialistická), die an der Wirtschaftsstruktur der Vorkriegszeit, mit einer starken Konsumgüterindustrie und Exportorientierung nach Westen, festhalten wollte. Der Osten des Landes, dessen Industrialisierbarkeit ihrer Ansicht nach zweifelhaft war, sollte seine traditionell agrarische Prägung behalten.¹³

Insofern kam die allmähliche Umakzentuierung der Verlagerungspraxis den Kritikern entgegen. Es wurden zunehmend größere Unternehmen aus dem Bereich der Produktionsgüter- und der chemischen Industrie in die Umsiedlung einbezogen.¹⁴ Dieser Schwerpunktwechsel trug allerdings nicht den Einwänden der Volksozialisten Rechnung, sondern ergab sich viel mehr aus der innenpolitischen Durchsetzung der Kommunistischen Partei (KPTsch) und der außenpolitischen Orientierung der Tschechoslowakei an der Sowjetunion. Das Projekt der regionalen „Entwicklungshilfe“ wurde allmählich flankiert und schließlich überlagert von der ideologisch motivierten Absicht sektoraler Spezialisierung. Die ursprüngliche Intention einer allgemeinen Industrialisierung der Slowakei wurde zugunsten der von Moskau gewünschten Konzentration auf die Produktionsgüterindustrie aufgegeben. Bergbau, Energie und Hütten sowie ressourcenintensive Produktionsbereiche sollten in der Slowakei direkt installiert und slowakische Leitindustrien werden. Als Tor zu Ost- und Südosteuropa sollte sie den Außenhandel mit diesen Ländern führen.¹⁵

Die endgültige Herausbildung der zwei feindlichen Machtblöcke, deren Konfrontation bereits kurz nach Kriegsende eine neue Eskalation befürchten ließ, löste zum Ende der vierziger Jahre ein weltweites Rüstungsfieber aus. Die Tschechoslowakei mit ihrer direkten Grenze zu Deutschland einerseits und ihrem hohen Rüstungspotential andererseits wurde strategisch wie materiell zu einem zentralen Posten der sowjetisch dominierten, sozialistischen Verteidigungspolitik. Die strategischen Vorteile der Slowakei – die günstige Lage der Region, weit von der Eingriffssphäre des Westens entfernt und zu großen Teilen für Flugzeugangriffe nahezu unerreikbaar – hatten bei der Umsiedlung von Produktionskapazitäten in die Slowakei stets eine Rolle gespielt. Deshalb hatte das Projekt von Beginn an unter Kontrolle des Verteidigungsministeriums (Ministerstvo národnej obrany, MNO) gestanden, und zwar in so offensichtlichem Maße, daß sich die anderen Ministerien wehrten, die Kosten der Umsiedlung mitzutragen. Bei Verhandlungen über den Etat sprachen diese immer wieder von „den Forderungen der Soldaten“, anstatt, wie das MNO es wollte, in dieser Maßnahme die „Realisierung staatlicher Interessen“ zu sehen.¹⁶ Tat-

¹³ Průcha, Václav: Economic development and relations 1918–89. In: The end of Czechoslovakia. Hrsg. v. Jiří Musil. Budapest u. a. 1995, 40–76, hier 63.

¹⁴ Die bisherige Durchschnittsgröße der Unternehmen von 58 Arbeitern stieg auf einen Durchschnitt von 107. Über die Hälfte kamen aus dem Bereich der Metallverarbeitung. Barňovský: Premiestovanie 118.

¹⁵ Kosta, Jiří: Die Einbindung der tschechoslowakischen Wirtschaft in den sowjetischen Block nach dem Zweiten Weltkrieg. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1 (1995) 193–208, hier 193.

¹⁶ „[...] o požadavcích vojáků [...]“ [über die Forderungen der Soldaten] statt „[...] realizace státních zájmů [...]“ [die Realisierung der staatlichen Interessen]. Rozpočet na rok 1947 [Haushalt für das Jahr 1947]. VHA, Fond MNO, Karton 56, čj. 3142.

sächlich kollidierten die sicherheitspolitischen Ziele des Verteidigungsministeriums manches Mal mit anderen wirtschaftlichen Vorhaben der Regierung, besonders mit der Förderung der als „Wirtschaftlich schwache Kreise“ (Hospodářské slabé kraje, HSK) definierten Gebiete im westlichen Landesteil. Die Industrialisierung der Slowakei hatte unter diesen Projekten jedoch stets Priorität, was sich bereits an den weitaus höheren, hier zur Verfügung stehenden, finanziellen Mitteln ablesen läßt.¹⁷

Es wäre sicherlich nicht gerechtfertigt, in der Verlagerungspraxis eine Zäsur ablesen zu wollen, die den Übergang von ziviler zu militärischer Nutzung markierte. Gleichzeitig darf aber nicht übersehen werden, daß der einsetzende Rüstungsboom wie ein Katalysator auf die spezialisierte Industrialisierung der Slowakei wirkte und daß dieser Produktionsbereich in den fünfziger Jahren zu einem Träger des wirtschaftlichen Aufschwungs in der Slowakei wurde.

Die Škoda-Werke in der Nachkriegszeit

Ein von den wirtschaftlichen Umstrukturierungen der Nachkriegszeit sehr stark betroffenes Unternehmen waren die Pilsener Škoda-Werke. Das 1866 gegründete „Pilsener Hütten- und Stahlwerk“ war kontinuierlich zu einem riesigen Maschinenbau-Konzern mit Filialen im ganzen Land herangewachsen, der auch, spätestens mit dem Aufrüstungsfieber der dreißiger Jahre, einer der größten Waffenproduzenten der Tschechoslowakei wurde. Dieses Potential verlebte sich das Deutsche Reich mit der Errichtung des „Protektorats“ ein, das Pilsener Werk wurde zu einem der größten Lieferanten an Schußwaffen und Munition, der Betrieb in Mladá Boleslav (Jungbunzlau) produzierte Kübelwagen und Panzer.¹⁸ Auch der 1937 in Dubnica nad Váhom/Westslowakei als Munitions- und Geschosßfabrik aufgebaute Tochterbetrieb stand während des Krieges in deutschem Dienst und expandierte bis zur völligen Erschöpfung der Produktionskapazitäten, eigentlich der ganzen Region.¹⁹

Nach Kriegsende lastete auf dem Pilsener Škoda-Hauptwerk ein besonderer Erwartungsdruck, denn von dem traditionellen Spitzenbetrieb des Maschinenbaus sollten nun intensive und weitreichende Impulse für den Wiederaufbau und die Neuproduktion ausgehen. Deshalb wurde das Unternehmen sehr früh verstaatlicht, jedoch stellte sich bereits nach kurzer Zeit seine bisherige Struktur als ineffizient heraus. Seine Größe erschwerte die zentrale Lenkung; seine Betriebe waren in Leistung und Produktionsgeschwindigkeit disproportional; die Breite der Produkt-

¹⁷ Im Zweijahresplan waren für die Slowakei 22,31 Milliarden Kčs, für die HSK nur 4,95 Milliarden Kčs an Investitionen vorgesehen. Verbík, Antonín: Dvouletý hospodářský plán a industrializace hospodářsky slabých krajů českých zemí [Der wirtschaftliche Zweijahresplan und die Industrialisierung der wirtschaftlich schwachen Kreise in den böhmischen Ländern]. *Hospodářské dějiny* 6 (1980) 5–99, hier 14.

¹⁸ Bauerová, Marie: Přečhod Škodových závodů v Plzni na mírovou výrobu a jejich přínos pro technický rozvoj v letech 1945–53 [Der Übergang der Pilsener Škodawerke zur Friedensproduktion und ihr Beitrag zur technischen Entwicklung in den Jahren 1945–1953]. *Minulost Západočeského kraje* 18 (1982) 23–34, hier 24.

¹⁹ Fučík, Josef: The Czechoslovak armament industry. *Military Technology* 7 (1991) 98–108, hier 108.

palette verhinderte die Produktionssteigerung einzelner, bevorzugter Waren.²⁰ Deshalb wurde 1948 entschieden, das Unternehmen in seine, seit den zwanziger Jahren erworbenen oder aufgebauten Tochterbetriebe in Hradec Kralové (Königsgrätz), Pilsen, Brno (Brünn), Mladá Boleslav, Adamov (Adamsthal), Komárno und Dubnica nad Váhom aufzuteilen.²¹ Das Pilsener Werk blieb für diese verantwortlich und mußte deren Wiederaufbau und Entwicklung materiell wie personell unterstützen.

Insgesamt übergab Škoda in den ersten Nachkriegsjahren Produktionsmittel an 60 verschiedene Betriebe; in den fünfziger Jahren schloß der in V.I. Lenin-Werke umbenannte Pilsener Betrieb weitere 161 Abkommen über die zumindest teilweise Überstellung von Produktionseinheiten ab, hauptsächlich aus der Serienproduktion kleiner und leichter Maschinen. Mit den Produktionskapazitäten mußten auch das technische *Know-how*, Konstrukteursgruppen und unzählige Arbeiter abgegeben werden, obwohl es in der westböhmisches Region weiterhin erheblich an Arbeitskräften mangelte.

In bezug auf ihren Betrieb im slowakischen Dubnica (Betrieb D) dachte die Škoda-Werkszentrale pragmatisch und beschloß angesichts der starken Kriegsschäden an Gebäuden und Einrichtung die Demontage der dortigen Produktionskapazitäten. Sie ersuchte das Verteidigungsministerium im Januar 1946 schriftlich um Erlaubnis zur Verlagerung von Maschinen aus Dubnica nach Bolevec (Bolewtz), das nur einige Kilometer von Pilsen entfernt liegt. Dort sollte, so wollte es die Werkszentrale, durch den schrittweisen Umzug aller Entwicklungs-, Konstruktions- und Technikbüros sowie der Laboratorien und Erprobungswerkstätten ein kleines Rüstungszentrum entstehen. Eine Werkstatt für Munitionsprototypen aus Pilsen war bereits dorthin verlagert, der Bau eines Versuchsschießplatzes und einer Werkstatt für Geschützprototypen begonnen worden.²² Dieses Projekt wurde jedoch mit der Durchsetzung des rüstungspolitischen Konzeptes der KPTsch gestoppt, die bereits begonnenen Arbeiten eingestellt.²³ Im Verteidigungsministerium dachte man prinzipiell nicht mehr an einen Erhalt rüstungswichtiger Einrichtungen in Böhmen. Vielmehr wurden die Pilsener Škodawerke in die Verantwortlichkeit gerufen, im Rahmen des Projektes der Industrialisierung der Slowakei ihren Betrieb in Dubnica wieder aufzubauen. Škoda war nicht nur wegen seiner ökonomischen Potenz und seiner bedeutenden Tradition, sondern auch wegen der hohen Rüstungsrelevanz seiner Produkte zum Vorbild und Träger regionaler Wirtschaftshilfe prädestiniert. Anfang Februar 1946 besichtigten Vertreter der Militärverwaltung den Betrieb in Dubnica und äußerten sich sehr interessiert an der vollständigen Wieder-

²⁰ Noch 1952 stellte das Pilsener Werk Produkte aus fast der Hälfte der in der Tschechoslowakei vorhandenen schwerindustriellen Produktpalette her. Bauerová, Marie: Přestavba výrobního programu Škodových závodů, n.p. v Plzni v letech socialistické výstavby [Die Umstellung des Produktionsprogramms im Nationalunternehmen Škodawerke Pilsen in den Jahren des sozialistischen Aufbaus]. *Minulost Západočeského kraje* 19 (1983) 27–41, hier 28.

²¹ Jiš'a: Škodovy závody 260.

²² Brief der Škodacentrale an das MNO-hl.-št., 28.1.1946, Archiv Škoda Plzeň, GR-VTR.

²³ Plán přesunu 80 TKO, Usnesení, 6.4.1950 [Plan zur Verlagerung der 80 TKO, Resolution]. Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR.

herstellung des Betriebes und der Produktion von Munition, zunächst im Umfang der Vorkriegszeit, dann allmählich steigend.²⁴ Die staatlich bewilligten Investitionen für Dubnica waren in ihrer Verwendung ausschließlich an die Rüstungsproduktion gebunden.²⁵ Der wesentliche Teil der Belastung blieb aber auf dem Pilsener Škodawerk liegen, das vom Verteidigungsministerium wegen der erheblichen Mängel in Dubnica verpflichtet wurde, Dutzende von Maschinen für die Stahlproduktion und -verarbeitung, Einrichtungen für die Gießerei, Drehmaschinen sowie zahlreiche Arbeitskräfte, besonders qualifizierte Metallfacharbeiter, zur Verfügung zu stellen.²⁶

Der Pilsener Betrieb litt jedoch selbst an Arbeitskräftemangel und gab deshalb nur ungerne Arbeiter ab. Zudem widersetzten diese sich gegen ihre Übersiedlung in die Slowakei. Die Arbeiter des Pilsener Betriebes, die aus der Region stammten, wollten ihre Heimatorte grundsätzlich nicht verlassen, zumal viele von ihnen ohnehin erst gegen Kriegsende dorthin zurückgekehrt waren. Diejenigen, die wegen der Arbeit nach Pilsen gekommen waren, hielten fest an den Vorteilen, die sie als Beschäftigte eines industriellen Spitzenbetriebes sowie als Bewohner einer der reichsten Regionen des Landes genossen. Dazu kamen tschechisch-slowakische Ressentiments, sowie die als mangelhaft berüchtigte Versorgungslage des Zielortes, die die Pilsener Arbeiter von einer Umsiedlung abhielten.²⁷

Die Erfolge von Aktionen zur Anwerbung von Arbeitskräften für den Betrieb D, besonders von qualifizierten, blieben daher mäßig. Arbeiter, die ihre Ausbildung in Dubnica absolviert hatten und dann weggegangen waren, wurden wieder dorthin zurückgeholt. Zudem sollte der Bau eines Lehrlingsheims dem lokalen *Know-how*-Mangel entgegenwirken. Doch zunächst galt es, die akute Not zu lindern. Die Organisation der Produktion und die Verteilung des Materials verliefen chaotisch, da es an Verwaltungsangestellten fehlte.²⁸ Auch der beabsichtigte Aufbau einer Rüstungsabteilung in Dubnica litt unter dem Mangel an geeigneten Führungskräften. Von diesen Kadern wurde nicht nur fachliche Kompetenz, sondern, mehr noch, politische Zuverlässigkeit verlangt. Die Zentralorgane verweigerten bei wichtigen Posten die Anstellung von Vertretern aus der Slowakei. Staatliche Wirtschaftsförderung sollte die Provinz entwickeln helfen, aber nicht aus den Einschränkungen der zentralen Lenkbarkeit lösen. Aus Prager Sicht sollten Slowaken keine leitenden Stellen in der Rüstungsabteilung erhalten, da man sie für ideologisch unzuverlässig hielt. Von slowakischer Seite wurde diese Art der tschechischen „Entwicklungs-

²⁴ Bericht über einen Besuch von Militärvertretern in Dubnica am 5.2.1946, 8.2.1946, Archiv Škoda Plzeň, GŘ-VTR.

²⁵ Für das Jahr 1947 wurden 8 Millionen Kčs für Baumaßnahmen und 25 Millionen Kčs für Produktionsmittel bereitgestellt, für 1948 dann 30 Millionen Kčs bzw. 10 Millionen Kčs. Brief des MNO an die Škodazentrale in Prag, 28.7.1947, Archiv Škoda Plzeň, GŘ-VTR.

²⁶ Zápis porady o pomoci závodu „D“, konané dne 31.8.1949 na ústředním ředitelství ČZTS. 1.9.1949 [Protokoll der Beratung über die Hilfe für das Werk D, stattgefunden am 31.8.1949 in der Zentralkonstruktion der ČZTS]. Archiv Škoda Plzeň, GŘ-ZBR, 1949–1951, Dubn., Sign. 63.

²⁷ Bericht (ohne Verfasser- oder Adressatennennung) über Betrieb D, 7.5.1949, Archiv Škoda Plzeň, GŘ-VTR.

²⁸ Ebenda.

hilfe“, die Übergabe von personellem *Know-how*, oftmals als beleidigender Akt der Bevormundung angesehen. Nationalistisch motivierte Spannungen, die sich im persönlichen Umgang der Belegschaft entluden, hatten zur Folge, daß einzeln nach Dubnica entsandte tschechische Rüstungsfachleute nach kurzer Zeit zurückkamen und dies vor allem mit der feindlichen Stimmung im Betrieb begründeten.²⁹ Diese psychologische Komponente setzte der zentralen Planbarkeit zunächst eine Grenze, die letztlich nur durch den erhöhten Einsatz von Zwang überwunden werden konnte.

Das Objekt der Umsiedlung

Mit der endgültigen Formulierung eines anspruchsvollen Produktionsplanes für Dubnica im November 1949 wurden die bisherigen Mängel eklatant.³⁰ Der Betrieb sollte die Produktion von Prototypen für Kanonen, Munition und Zielgeräte übernehmen und mit der sofortigen Einrichtung eines Versuchsschießstandes, eines chemischen und metallurgischen Laboratoriums und von Prototypwerkstätten beginnen. Zur Planerfüllung sollte die Zahl der Arbeiter in der „Spezialproduktion“ so schnell wie möglich angehoben werden, und zwar plangemäß innerhalb eines Jahres von 760 auf 1350. Diese Neurekrutierungen sollten hauptsächlich aus der Slowakei stammen, ihre Ausbildung sollte von Fachleuten aus der Prager Škodazentrale und Führungskräften aus Pilsen angeleitet werden; zudem forderte der Betrieb D die direkte Überstellung von Arbeitskräften aus Pilsen.³¹

Unter den zu diesem Zweck ausgewählten Facharbeitern befand sich auch die technische Konstruktionsgruppe 80 TKO. Diese bildete, zusammen mit der Produktionsgruppe 80 Vyr., eine spezielle Rüstungsabteilung, die im Pilsener Škodawerk in der unmittelbaren Nachkriegszeit eingerichtet worden war. Sie war aus dem Versuch entstanden, der durch den Krieg und die Produktion nach fremder Anleitung verursachten Hemmung der einheimischen *Know-how*-Entwicklung entgegenzutreten. Die 80 TKO war zuständig für Forschung, Konstruktion und Erprobung von Waffen, Munition und Zielgeräten. Sie entwickelte Schiffsgeschütze, Festungsgeschütze, Feldhaubitzen, Flugzeugbomben, Flugabwehrgeschütze, Panzer- und Anti-Panzer-Geschütze, Minen-, Granaten- und Raketenwerfer, Ziel-, Meß- und Beobachtungsgeräte, elektronische Kommandozentralen und Spezialwagen. Dabei kooperierte sie sehr eng mit den 80 Vyr-Prototypwerkstätten sowie den anderen Werkstätten des Pilsener Betriebes.³²

Sie unterstand der Betriebsleitung nur disziplinarisch, darüber hinaus unterhielt sie engen, direkten Kontakt zur Generaldirektion der ČZTS, zu den Militärbehörden und den anderen Nationalunternehmen. Sie verfügte über einen eigenen Haushalt und war in Bilanzierung, Materialeinkauf und Absatz eigenständig. Die Beleg-

²⁹ Zpráva o poměrech v závodě Dubnica nad Váhom, 7. 5. 1948 [Nachricht über die Verhältnisse im Werk Dubnica nad Váhom]. Archiv Škoda Plzeň, GR-VTR.

³⁰ Lhůtový program prototypů, 1. 11. 1949 [Terminplan der Prototypen]. Anlage zum Plán přesunu 80 TKO, 7. 4. 1950, Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR.

³¹ Zápis porady.

³² Plán přesunu 80 TKO, Allgemeiner Teil, 1, 7. 4. 1950, Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR.

schaft der 80 TKO, etwa 25 Konstrukteure und 230 Techniker, lebte zum großen Teil in Pilsen. Sie hatte Anspruch auf die vielfältigen sozialen Einrichtungen des Pilsener Werkes, arbeitete in einem lukrativen Prämiensystem und konnte Einfluß auf die organisatorische Führung der Gruppe nehmen.³³

Bereits 1947 war der Umzug der Abteilung erwogen worden, und zwar ins unweit gelegene Bolevec. Doch als das Projekt eines dortigen Rüstungszentrums zugunsten der Industrialisierung der Slowakei aufgegeben wurde, war schnell klar, daß die Abteilung ebenfalls Richtung Osten würde ziehen müssen. So wurde entschieden, daß die 80 TKO dem Betrieb in Dubnica organisatorisch eingegliedert und in dessen Nähe untergebracht werden sollte. Zu diesem Zwecke erwarb das MNO im September 1949 ein im Bau befindliches Gebäude in Trenčín, das bis Ende Juni 1950 fertiggestellt werden sollte.³⁴ Wohnmöglichkeiten vor Ort und in der näheren Umgebung sollte eine entsprechende Kommission unter Leitung des Nationalausschusses des Kreises Bratislava (Krajský národný výbor, KNV) sondieren.³⁵

Die Rolle der Gewerkschaft

Die geplante Übersiedlung der 80 TKO sollte zunächst vor der Belegschaft geheim gehalten werden, jedoch setzte die ČZTS die ROH-Gruppe der Abteilung über ihr Vorhaben in Kenntnis. Drei Gewerkschaftsvertreter wurden im Januar 1950 nach Dubnica geschickt, um den dortigen Betrieb und die zukünftigen Büros und Wohnstätten in den Nachbarorten zu begutachten. Die Delegierung dieser Aufgabe an den ROH war ein geschickter Schachzug der Generaldirektion. Denn offiziell reisten die Gewerkschafter nun als Vertreter des Pilsener Hauptwerkes, die in die Slowakei kamen, um die Vorbereitungen zu kontrollieren. Obgleich die Gewerkschafter von den geplanten tiefgreifenden Veränderungen überrascht wurden, waren sie gezwungen, zumindest nach außen, in Dubnica, eine loyale Haltung gegenüber der Betriebsleitung zu zeigen, was zunächst jede Auseinandersetzung über diesen Plan verhinderte. Durch die Verpflichtung der ROH-Gruppe zur Geheimhaltung wurde ihre Funktion als Interessenvertretung der Belegschaft ausgehebelt.

Die Gewerkschafter sollten den voraussichtlichen Termin der Fertigstellung der Büro- und Wohngebäude in Trenčín sowie die Möglichkeiten zu deren späterer Erweiterung eruieren. Da die dortige Unterbringung der gesamten Belegschaft mit ihren Familien zunächst nicht möglich war, sollte der überwiegende Teil in provisorischen Wohnungen in dem nahe gelegenen Kurort Trenčianské Teplice Unterkunft finden. Hier hatten die Gewerkschafter die Aufgabe, die für eine übergangsweise Unterbringung vorgesehenen Hotels auf ihre Eignung als Familienwohnungen zu

³³ Ebenda 3.

³⁴ Zpráva o přestěhování oddělení 80 TKO, 9.10.50 [Notiz über den Umzug der Abteilung 80 TKO]. Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR, 1949–1951, Dubn., Sign. 63.

³⁵ Zápis o porade konanej dňa 26.8.1949 v Dubnici n. V. [Protokoll der Beratung, stattgefunden am 26.8.1949 in Dubnica n.V.]. Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR 1949–1951, Dubn., Sign. 63.

begutachten. Außerdem sollten sie sich über die Infrastruktur beider Städte und deren Umgebung, die Zahl und Art der vorhandenen Schulen, Geschäfte, Märkte und Verkehrsmittel informieren.

Nach ihrer Rückkehr trugen die drei Gewerkschafter ihre Beobachtungen in einem ausführlichen Bericht zusammen,³⁶ der insgesamt sehr negativ ausfiel. An Trenčianské Teplice kritisierten sie den geringen Standard und den beengten Querschnitt der Wohnungen. Auch bezüglich der sozialen, kulturellen und infrastrukturellen Einrichtungen der Stadt äußerten sie sich unzufrieden. Dem Kurort fehlte es an günstigen Einkaufsmöglichkeiten, außerdem gab es nur eine Volks- und eine einfache Mittelschule. Neben dem Kurkrankenhaus war lediglich ein praktischer Arzt vor Ort. Das Ermutigendste, das die Delegation in ihrem Abschlußbericht über Trenčianské Teplice mitteilte, war die direkte Bus- und Bahnverbindung in die nahegelegenen, größeren Städte Tepla und Trenčín.³⁷

In Trenčín besichtigte die ROH-Gruppe den Bau des zukünftigen 80 TKO-Bürogebäudes, das zu dieser Zeit zwar nicht mehr als ein Rohbau mit einigen Türrahmen war, von den Gewerkschaftsvertretern aber als vielversprechend beurteilt wurde. Auch ihr Urteil über die Stadt fiel recht positiv aus, hier gab es mehrere, auch weiterführende Schulen und weitaus bessere Versorgungsmöglichkeiten als in Trenčianské Teplice.

Der möglicherweise optimistische Abschluß der Besuchsreise der ROH-Gruppe wurde jedoch durch ein Ereignis am letzten Abend verdorben, als es nämlich anläßlich eines Tanzfestes zu Auseinandersetzungen verbaler wie handgreiflicher Art zwischen Slowaken und Tschechen kam, bei denen auch tschechische Arbeiter des Betriebes Dubnica verletzt wurden. Da die lokalen Polizeibehörden keinerlei Interesse an der Aufklärung zeigten, mußte der Sicherheitsdienst des Betriebes in Dubnica diese Aufgabe übernehmen. Dieser unerfreuliche Abschluß ihrer slowakischen Dienstreise gab wohl den endgültigen Ausschlag für die, zwar sehr kurze, aber eindeutig negative Einschätzung der möglichen Folgen einer Verlagerung der 80 TKO durch die Gewerkschaftsvertreter. Dabei rückten sie vor allem die menschlichen Gesichtspunkte in den Vordergrund. Zwar sei die Belegschaft der 80 TKO schon seit 1947 auf die Möglichkeit einer Umsiedlung vorbereitet und die grundsätzliche Notwendigkeit dieser Maßnahme aus strategischen Gründen sei auch akzeptiert worden. Doch während zunächst ein Umzug innerhalb Böhmens geplant gewesen war, stand nun mit der Übersiedlung in die Slowakei ein massiver Eingriff in die Lebensverhältnisse der Belegschaft bevor. Die ROH-Gruppe kritisierte, daß die Belegschaft vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollte. Aus ihrer abschließenden Mahnung, im weiteren sehr langsam und mit großer Rücksicht auf die Betroffenen vorzugehen, spricht ihr eigener Schrecken angesichts der neuen Perspektive.³⁸

³⁶ Aktová noticka pro nám. Ing. St., 21.1.1950 [Aktennotiz für den Stellvertreter Ing. St]. Archiv Škoda Plzeň, GŘ-ZBR, 1949–1951, Dubn., Sign. 63.

³⁷ Ebenda 4.

³⁸ Ebenda 8.

Der Umzugsplan

Trotz des negativen Berichts der ROH-Gruppe gingen die zentralen Planungen für die Umsiedlung der 80 TKO weiter und mündeten Ende März 1950 in ein detailliertes Konzept.³⁹

Es war vorgesehen, mit dem Umzug zu beginnen, sobald die Gebäude fertiggestellt und vom Baumeister ordnungsgemäß übergeben worden waren. Zuerst, in den ersten beiden Augustwochen, sollte das Archiv der Konstruktorsgruppe überführt werden. Die Originaldokumente zu aktuell in Bearbeitung oder Weiterentwicklung befindlichen Produkten sollten in die neuen Konstruktionsbüros nach Trenčín gebracht und die älteren Akten im Archiv des Betriebs in Dubnica abgelegt werden. Im Anschluß daran war der Umzug der Konstruktionsbüros und schließlich, als letztes, der technischen Büros und der Verwaltung vorgesehen.

Der Umzug der Belegschaft erforderte noch besondere Planungen. Die Zahl der betroffenen Kinder und deren Einteilung in Schulklassen sollte bis Mitte April 1950 geklärt werden. Weitere Angaben über ihre zukünftige Unterbringung in Schulen würden in dem vorliegenden Konzept jedoch nicht gemacht. Um die Ängste und möglichen Einwände der Belegschaft gegen die Umsiedlung zu beschwichtigen, setzte die Generaldirektion der ČZTS für Ende Mai eine Exkursion einiger 80 TKO-Angehöriger nach Trenčianské Teplice an, bei der diese die Wohnungen inspizieren und aussuchen sollten. Ende Juni sollten die Lohnbedingungen und das Trennungsgeld vereinbart werden. Anfang Juli mußte dann endgültig festgelegt werden, welches Personal Dubnica zugeteilt werden würde, damit kurz darauf ein Plan für die Konstruktion und Produktion der Prototypen erstellt werden könnte. Der Umzug der Beschäftigten und ihrer Familien war für September geplant.⁴⁰

Bis Ende des Jahres 1950 sollten endgültig alle notwendigen Maschinen für die Waffenproduktion unter Anleitung der 80 TKO nach Dubnica übergeben und in Betrieb genommen worden sein. Daneben hatte der Betrieb D selbst entsprechendes Produktionszubehör und Laboratorien bereitzustellen. Die Militärverwaltung war darüber hinaus zuständig für die regelmäßige Zuteilung von Einzelteilen, die nicht in Dubnica produziert werden konnten.⁴¹ Auch das Pilsener Werk hatte seine Pflicht nicht mit der Übergabe der Abteilung erfüllt. Neben der, vom Betrieb D wie von den zuständigen Zentralstellen geforderten, Bereitstellung weiterer Arbeitskräfte sollte Pilsen auch bei den Detailarbeiten aushelfen und Vorprodukte liefern, für die in Dubnica keine Werkstätten existierten. Bereits in der Planungsphase wurde jedoch deutlich, daß der Pilsener Betrieb selbst im Rahmen des Fünfjahrplanes sehr belastet sein würde und sich dadurch der Umfang der weiteren materiellen wie personellen Unterstützung für Dubnica in Grenzen halten mußte.⁴²

³⁹ Plán přesunu 80 TKO, Koncept programu přesídlení, 7.4.1950 [Verlagerungsplan der 80 TKO, Konzept des Übersiedlungsprogrammes]. Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR.

⁴⁰ Plán přesunu 80 TKO, Předpoklady pro splnění, 7.4.1950 [Verlagerungsplan, Voraussetzungen für die Erfüllung]. Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR.

⁴¹ E b e n d a.

⁴² Plán přesunu 80 TKO, allgemeiner Teil, 1, 7.4.1950, Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR.

Der Einspruch der Belegschaft

Erst im Frühjahr 1950, als die Planung bereits weit gediehen war, wurde mit der Information der Belegschaft begonnen. Das Regionalkomitee der KPTsch-Škoda bereitete eine schrittweise Aufklärungskampagne vor, bei der zunächst die Gewerkschaftsangehörigen, dann die als politisch zuverlässig oder wirtschaftlich besonders wichtig klassifizierten Arbeiter und schließlich alle anderen Beschäftigten eingeweiht wurden.⁴³ Offiziell war bis zum 28. März 1950 die gesamte Belegschaft davon in Kenntnis gesetzt, daß die Abteilung dem Škodabetrieb in Dubnica eingegliedert werden und bis zum September nach Trenčín umsiedeln sollte. Den Arbeitern wurde geraten, möglichst mit ihren Familien umzuziehen, da dies die persönliche Umorientierung erheblich erleichtern würde. Außerdem sicherte ihnen die Betriebsleitung zu, daß sie keinerlei Absinken ihres Lebensstandards zu befürchten hätten.⁴⁴

Die Nachricht löste in der Belegschaft erhebliche Unruhe aus, so daß sich die ROH-Gruppe veranlaßt sah, die geäußerten Beschwerden und Ängste zu sammeln und am 6. April in einer Resolution zusammenzufassen.⁴⁵ Die Stellungnahme der ROH-Gruppe begann mit der Feststellung, daß die Belegschaft die strategische Notwendigkeit eines Umzugs der Abteilung völlig einsähe. Die hohe Arbeitsleistung der Abteilung wurde als Beweis ihrer unbedingten Loyalität dem Staat gegenüber angeführt. Sie wollte ihre Kritik lediglich auf einige konkrete Unzulänglichkeiten der Planung bezogen wissen. Tatsächlich ging der ROH in seiner Kritik jedoch weit über punktuelle Korrekturvorschläge hinaus. Seine einleitende Beschwichtigung war insofern nur taktisch motiviert, da er wußte, daß der definitive Abzug der Rüstungsindustrie aus Böhmen aus strategischen wie ideologischen Gründen eine unumstößliche Größe der Regierungspolitik und Minimalbedingung der Verhandlungen war.

Der ROH argumentierte vor allem mit der wirtschaftlichen Effizienz, die in dem Fall, daß rüstungsindustrielle Entwicklungs-, Erprobungs- und Produktionskapazitäten auseinandergerissen würden, leiden müßte. Dabei wurde die enge Verquickung der 80 TKO mit dem Pilsener Škodawerk und der gesamten böhmischen Infrastruktur besonders betont. Demnach war die erfolgreiche und besondere Entwicklung der 80 TKO, die diese, nach Worten der ROH-Gruppe, in der Tschechoslowakei einzigartig machte, lediglich in diesem Milieu möglich, in dem die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte sowie die direkte Zusammenarbeit mit den übrigen Produktionsstätten gleichermaßen gegeben waren. Diese Verbindung der produktiven mit der konzeptuellen Arbeit galt dem ROH als unerlässlich für die weitere Prosperität der tschechoslowakischen Rüstung.

⁴³ Zpráva o přestěhování oddělení 80 TKO.

⁴⁴ Stanovisko dílčí skupiny ROH 80 TKO k otázkám souvisejícím s přesunem oddělení, 14. 6. 1950 [Standpunkt der 80 TKO-Werkstattgruppe des ROH zu Fragen im Zusammenhang mit der Verlagerung der Abteilung]. Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR, 1949-1951, Dubn., Sign. 63.

⁴⁵ Plán přesunu 80 TKO, Usnesení.

Solch günstige Entwicklungsbedingungen für die 80 TKO waren nach Meinung des ROH in Dubnica nicht annähernd vorhanden. Die Abteilungen, mit denen eine enge Zusammenarbeit erforderlich war – die Versuchsanstalt, die Laboratorien, Spezialwerkstätten und Hütten – sollten in Pilsen bleiben und ein schneller Aufbau äquivalenter Einrichtungen in Dubnica war unwahrscheinlich. Der Kontakt zu den Prototypwerkstätten wiederum wäre nur indirekt möglich, da diese plangemäß nach Dubnica, die TKO jedoch ins zwölf Kilometer entfernte Trenčín ziehen sollte. Besonders die vorgesehene Trennung des Konstruktions- vom Erprobungsbereich wurde als negativ für die technische Entwicklung angesehen. Bis zur Fertigstellung des in Dubnica geplanten Versuchsschießstandes sollten die entwickelten Prototypen über 400 Kilometer zur Versuchsstelle nach Bolevec und zurück transportiert werden. Dies würde die Kosten und die Lieferfristen erheblich erhöhen.

Die Gewerkschaft forderte deshalb die Verlagerung der 80 TKO als Ganzes, also zusammen mit den Laboratorien und allen Prototypwerkstätten. Vor der Umsiedlung der Rüstungsabteilung sollten jedoch erst die notwendigen Basisproduktionsbereiche wie Hütten, Stahlverarbeitung, Feinmechanik in Dubnica aufgebaut werden.⁴⁶ Die Zeit bis zu deren Vollendung sollte gleichzeitig für den Bau ausreichender Wohneinheiten sowie kultureller und gesellschaftlicher Einrichtungen genutzt werden. Tatsächlich hätte die Erfüllung dieser Forderung den Umzug um viele Jahre verschoben. Das wußte der ROH, und das war wohl auch der eigentliche Hintergrund seiner Forderungen, auch wenn dies nie ausgesprochen wurde.

Die unzureichende Klärung der Frage nach den zukünftigen Lebensbedingungen der Arbeiter bildete den zweiten Einwand der ROH-Gruppe. Auf besonders heftige Ablehnung in der Belegschaft stießen die vorgesehenen Unterbringungen der Familien in Trenčianské Teplice sowie das Fehlen von Schulen mit tschechischsprachigem Unterricht für die Kinder der Umsiedler. Auch fehlten bislang zufriedenstellende Ruhestands- und Rücksiedlungsregelungen, die als besonders wichtig galten, da gerade in den Konstruktionsbüros der Altersdurchschnitt relativ hoch lag. Die ROH-Gruppe erhob die Forderung, daß der Lebensstandard der betroffenen Belegschaft nicht nur erhalten, sondern im Gegenteil erheblich steigen müsse, um die erlittenen Beschwerden auszugleichen und um einen Anreiz für weitere Umsiedlungen zu geben.

Abschließend verlangten die ROH-Vertreter entgegen ihrer einleitenden Behauptung, nur punktuelle Änderungen anzuregen, die vollständige Überarbeitung des bisherigen Verlagerungsplans unter Einbeziehung aller relevanter Gruppen: des Verteidigungsministeriums, des Zentralkomitees der KPTsch, der ČZTS und des ROH, wobei die genannten Einwände besonders berücksichtigt werden sollten. Erneut betonte die ROH-Resolution die enormen negativen Auswirkungen, die die Unzufriedenheit der Belegschaft und deren Familien am neuen Ort auf die Arbeitsleistung der Gruppe haben könnte. Im Falle der Nichterfüllung seiner Forderungen mußte der ROH „[...] jede Verantwortung für die beträchtlichen materiellen und zeitlichen Verluste ablehnen [...]“⁴⁷, die aus der Ausführung des Plans in seiner bis-

⁴⁶ Ebenda 5.

⁴⁷ Ebenda 6.

herigen Form resultieren könnten. Diesen Einwand, eine kaum verhohlene Androhung von Arbeitsverweigerung, brachten die Arbeitnehmervertreter in den weiteren Verhandlungen wiederholt vor.

Die Intervention der Militärverwaltung

Nach dieser Eingabe entschloß sich das Verteidigungsministerium selbst zum Eingreifen. Sein Antwortbrief⁴⁸ an die 80 TKO und den ČZTS-Generaldirektor zielte darauf, die Einwände der Belegschaft pauschal abzuwehren. Diesen wurde mit der einleitenden Bemerkung, der Widerstand der 80 TKO-Belegschaft wäre grundsätzlich gegen jede Umsiedlung gerichtet, jegliche Legitimität entzogen. Dagegen betonte das Verteidigungsministerium erneut die absolute, strategische Notwendigkeit des Verlagerungsprojektes. Dazu entwarf das MNO die These von der Existenz eines riesigen, internationalen, kapitalistischen Rüstungskonzerns in der Vorkriegszeit, dem die Škodawerke seit den dreißiger Jahren als treue und leistungsstarke Filiale in der Tschechoslowakei gedient hätten. Diese hätten die westlichen Verbündeten unter Führung der Amerikaner gegen Kriegsende loswerden wollen, weshalb die Škodawerke bombardiert worden seien. Da die Feindschaft des Westens inzwischen noch bitterer geworden sei, wurde der Abzug der Rüstungsindustrie von der Westgrenze des Landes als Präventivmaßnahme gegen mögliche zukünftige Angriffe gerechtfertigt. Das Verteidigungsministerium erinnerte an die hohen materiellen und menschlichen Verluste der Kriegszeit und warf der 80 TKO-Belegschaft vor, durch ihre ablehnende Haltung die bisherige Wiederaufbau- und Entwicklungsarbeit zu verraten.

Die Forderung der ROH-Gruppe auf Wahrung des Lebensstandards der Umsiedler wurde als Selbstverständlichkeit abgetan. Daß bei der Belegschaft ein gegenteiliger Eindruck entstanden war, führte das Verteidigungsministerium auf die Streuung falscher Gerüchte über die Lebensbedingungen in der Slowakei zurück. Bereits bestehende Erfahrungen tschechischer Familien in der Slowakei gäben keinerlei Anlaß zur Besorgnis über die Ausbildung der Kinder. Im Gegenteil wurde der hohe Nutzen eines solchen Austausches für die intendierte Annäherung der beiden Nationalitäten betont.

Das Ministerium wertete in seiner Argumentation die Umsiedlung der 80 TKO zu einer Frage der Verteidigungsfähigkeit des ganzen Staates auf, die zu gewährleisten „die höchste Pflicht jedes Staatsbürgers“⁴⁹ wäre. Die ablehnende Haltung der Belegschaft wurde also nicht nur als fehlende ideologische Reife, sondern auch als Mangel an Patriotismus interpretiert. Der Brief schloß mit der sehr harschen Empfehlung an die Gewerkschaftsgruppe, die Resolution einer eingehenden Revision zu unterziehen und unter Beteiligung der Betriebsorganisation der KPTsch die betroffene Belegschaft endlich zu überzeugen.

⁴⁸ Brief MNO-NM an die Abteilung 80 TKO, Gruppe ROH, z. H. der Generaldirektion ČZTS, 18. 5. 1950. Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR, 1949-1951, Dubn., Sign. 63.

⁴⁹ Ebenda 2.

Die Einigung

Nach dieser sehr deutlichen Aufforderung des Ministeriums ließ eine Einigung nicht mehr lange auf sich warten. Beim nächsten Treffen zwischen der ROH-Gruppe und Ministeriumsvertretern, der Generaldirektion der ČZTS und des Pilsener Unternehmens verzichteten die Gewerkschaftsvertreter nach eigenen Angaben auf das entscheidende Argument ihrer bisherigen Arbeitsleistung und deren möglicher negativer Beeinträchtigung durch den Umzug. Das heißt, sie verschenkten ihr einziges ernsthaftes Druckmittel gegenüber den übergeordneten Stellen. Anschließend bekannten sie sich explizit dazu, vom Sinn der Industrialisierung der Slowakei als Gegenmaßnahme zu nationalistischen und separatistischen Tendenzen sowie von der Verpflichtung, hierfür selbst Opfer bringen zu müssen, überzeugt worden zu sein.⁵⁰

Die Exkursion einer größeren Gruppe von 80 TKO-Beschäftigten nach Trenčianské Teplice zu Pfingsten 1950 sollte deren Ängste abbauen und sie für die aktive Unterstützung des Projektes gewinnen. Die Besucher wurden in Dubnica am Bahnhof mit Musik und Festdekoration empfangen, danach konnten sie die zukünftigen Wohnungen besichtigen und mit dem Personalleiter des Betriebes D individuelle Gespräche über den zukünftigen Lohn, die Unterbringung und ähnliche Fragen führen.⁵¹ Über die Bewertung dieser Reise durch die Belegschaft finden sich keine Informationen in den vorliegenden Akten, doch ist danach kein weiterer Einspruch mehr dokumentiert. Andererseits kann der Erfolg der Reise nicht allzu überwältigend gewesen sein, da die Betriebsleitung im Sommer 1950 für das Verlassen der 80 TKO und der Prototypwerkstätten eine Pflicht zur Genehmigung durch die ČZTS erließ. Offensichtlich versuchten einzelne Arbeiter, sich der Umsiedlungspflicht durch ihren Weggang aus der Abteilung zu entziehen.⁵²

Über ihre abschließenden, stark modifizierten Forderungen beriet die ROH-Gruppe ein letztes Mal am 29. Juni 1950 mit ihrem zukünftigen Arbeitgeber, dem Betrieb D.⁵³ An der Umsiedlung selbst wurde nicht mehr gerüttelt, es wurden lediglich die konkreten Bedingungen ausgehandelt. Die letztlich getroffenen Regelungen blieben weit hinter den Forderungen der Gewerkschafter zurück. Reisekostenerstattung, Versorgungsgeld und Prämien fielen erheblich geringer aus, die Unterbringung der Familien in den provisorischen Unterkünften sollte erst 1953 enden und die Belegschaftsforderungen bezüglich des Schulwesens wurden gänzlich abgelehnt. Die Zahl der übersiedelnden Kinder sei für die Einrichtung rein tschechischer Klassen zu gering, hieß es.⁵⁴

Die praktische Umsetzung der Verlagerungspläne wurde während des Sommers 1950 bei mehreren Treffen einzelner Vertreter der beiden Betriebe koordiniert,

⁵⁰ Dieser Bericht ist, zumindest in den einleitenden Sätzen, im typischen Stil einer kommunistischen Selbstkritik verfaßt, was dafür spricht, daß die Gewerkschafter unter Druck gesetzt worden sind. Stanovisko dílčí skupiny ROH 80 TKO.

⁵¹ Zpráva o přestěhování oddělení 80 TKO.

⁵² E b e n d a.

⁵³ Stanovisko dílčí skupiny ROH 80 TKO.

⁵⁴ Zpráva o přestěhování oddělení 80 TKO.

wobei der ursprüngliche Plan kaum mehr modifiziert wurde. Am 14. August 1950 wurde das Archiv ordnungsgemäß vom Pilsener Archivar nach Trenčín bzw. Dubnica übergeben.⁵⁵ In der zweiten Etappe wurden die Büros und die Verwaltung umgesiedelt. Die ursprünglich vorgesehenen Abreisetermini, der 20. und der 22. September, konnten durch die frühzeitige Fertigstellung des Bürogebäudes in Trenčín vorgezogen werden. Die Konstruktionsbüros befanden sich im wesentlichen bereits am 4. September in ihrer neuen Umgebung. Ab dem 15. September, dem Tag, an dem die letzte Büroeinrichtung nach Trenčín verbracht wurde, war die neue Adresse der Abteilung gültig.⁵⁶ Beim Umzug der Familien wurden dem Betrieb D die Namen der Beschäftigten mitgeteilt, damit die für sie vorgesehenen Wohnungen vorbereitet und mit Lebensmittelvorräten bestückt werden konnten. Die erste Gruppe von etwa dreißig Einzelpersonen zog bis zum 1. September nach Trenčianské Teplice, eine zweite zum Fünfzehnten des Monats. Da einige Wohnungen in Trenčín noch nicht fertiggestellt waren, konnte die letzte Gruppe erst zum 15. Oktober umziehen.

Die Eingliederung der 80 TKO in den Betrieb D

Die Umsiedlung der 80 TKO brachte von der 260 Mann starken Belegschaft 170 nach Trenčín. Weitere 13 sollten für eine begrenzte Zeit, zur Einarbeitung slowakischer Arbeitskräfte, umziehen. Der Abschlußbericht der Werksleitung betont, daß es für dieses Ergebnis keines Einsatzes direkter Zwangsmaßnahmen bedurft hätte.⁵⁷ Die Arbeit der zuständigen Organe galt jedoch nicht als beendet, denn die Verlagerung der Prototypwerkstatt bis Ende November stand noch aus.

Insgesamt wurden 40 Personen als Liquidationsgruppe der Abteilung 80 TKO in Pilsen zurückgelassen, deren späterer Einsatzort noch nicht geklärt war.⁵⁸ Weitere 45 Personen waren aus sozialen Gründen von der Umsiedlungspflicht befreit und an andere Abteilungen des Pilsener Škodabetriebes überstellt worden, zehn Personen hatten sich grundlos geweigert und wurden deshalb auf untergeordnete Posten in Pilsen versetzt.⁵⁹ In Pilsen wurde eine Vertretung der Trenčiner Abteilung eingerichtet, die dort deren Bestellungen vortragen und ihre Erfüllung überwachen sollte.⁶⁰

Die weiterhin vorgesehene Abgabe von Arbeitskräften aus Pilsen nach Trenčín gestaltete sich in der Folgezeit sehr problematisch. Zwischen den Betrieben Dubnica und Pilsen kam es zu Reibereien um die Verteilung von Produktionsbereichen und Materialien und besonders um die Rekrutierung von Arbeitskräften. Vereinzelt geschah es sogar, daß Arbeiter zwar mit der Pilsener Betriebsleitung einen befristeten Aufenthalt in der Slowakei zu Montagezwecken aushandelten, sie dann aber, am

⁵⁵ Brief des Leiters der 80 TKO Ing. Kordule an ČZTS o. D, Ing. Stupka, A/60, 19.9.1950. Archiv Škoda Plzeň, GŘ-ZBR, 1949–1951, Dubn., Sign. 63.

⁵⁶ Brief Ing. Kordule an ČZTS, o. D, Ing. Stupka, 29.8.1950, Archiv Škoda Plzeň, GŘ-ZBR, 1949–1951, Dubn., Sign. 63.

⁵⁷ Zpráva o přestěhování oddělení 80 TKO.

⁵⁸ Brief Kordule an ČZTS, o. D, Ing. Stupka, A/60, 19.9.1950, Archiv Škoda Plzeň, GŘ-ZBR, 1949–1951, Dubn., Sign. 63.

⁵⁹ Zpráva o přestěhování oddělení 80 TKO.

⁶⁰ Brief Ing. Kordule an ČZTS, o. D, Ing. Stupka.

vorgesehenen Ende ihres Aufenthaltes, von der Betriebsleitung in Dubnica nicht mehr freigegeben wurden.⁶¹

Die Vertretungsstelle der 80 TKO, die deren Bestellungen in Pilsen entgegennehmen sollte, wurde in der Praxis dadurch überflüssig, daß sie nach den Statuten des slowakischen Betriebes gar nicht zeichnungsberechtigt war. Damit wurde die Mittlerfunktion zwecklos und die Trenčiner Rüstungsabteilung weigerte sich, diese Stelle zu bezahlen.⁶²

Mit ihrer Eingliederung in den Betrieb D verlor die 80 TKO ihre Unabhängigkeit sowie ihre organisatorische Einheit. Jeder direkte Kontakt zwischen der Abteilung selbst und externen Firmen sollte vermieden werden. Den Einkauf erledigte die Zentralverwaltung für Material in Dubnica, auch die Warenannahme war nicht in Trenčín, sondern die Abteilung bekam alle bestellten Waren nur aus Dubnica. Den Absatz koordinierte die dortige Verkaufsabteilung, das Finanzgebahren wurde einer in Trenčín eröffneten Expositur der Betriebskasse übergeben, die auch den Finanzverkehr mit der slowakischen Staatsbank regelte. Um die optimale Kooperation und Kommunikation trotz der räumlichen Trennung zu ermöglichen, wurden Exposituren der einzelnen Verwaltungsbereiche des Betriebes D bei der Trenčiner Abteilung eingerichtet. Die interne Verwendung des Haushalts und der Vorräte wurde ausschließlich nach den zentralen Richtlinien des Betriebes D geregelt. Für alle Fragen bezüglich Lohn, Prämien, Neueinstellungen und Dienstreisen war die Personalabteilung in Dubnica zuständig. Die Dienstwagen der 80 TKO gehörten zur Garage Dubnica, der dortigen Sozialverwaltung unterstanden die Kantinen und Wohnhäuser in Trenčín. Jeder Besuch und außergewöhnliche Vorkommnisse wie z. B. Feste mußten mitgeteilt werden, genau wie die präzisen Arbeitszeiten, damit es nicht zu Mißverständnissen mit dem Wachpersonal kam. Die Ansprüche der 80 TKO-Belegschaft auf Sozialversorgung richteten sich nach den entsprechenden Statuten des Betriebes D, was für die Belegschaft im Vergleich zu den Verhältnissen in der Pilsener Region, eine eindeutige Verschlechterung bedeutete.⁶³

Bereits im März des Jahres 1951 kam es zu erheblichen Beschwerden innerhalb der Abteilung,⁶⁴ deren vordergründiger Anlaß die versprochene aber nicht eingehaltene Auszahlung von Prämien war. Zwar wurde von Seiten der ČZTS kritisiert, daß der Belegschaft Geld wichtiger sei als die Planerfüllung, gleichzeitig drängte sie aber darauf, die Versprechen unbedingt einzuhalten. Schließlich war die finanzielle Ver-

⁶¹ Aktová noticka pro g.ř. Fabingera, Platové otázky při přestěhování do Dubnice, handschriftlicher Datumsvermerk 31.7.1950 [Aktennotiz für Generaldirektor Fabinger, Lohnfragen beim Umzug nach Dubnica]. Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR, 1949-1951, Dubn., Sign. 63.

⁶² Brief Ing. Kordule an ČZTS und Personalabteilungen der Betriebe Dubnica und Pilsen, 14.2.1951, Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR, 1949-1951, Dubn., Sign. 63.

⁶³ Administratívny styk oddel. TKO v Trenčíne so základným závodom v Dubnici, 29.12.1950 [Administrative Beziehung der Abteilung TKO in Trenčín zum Grundbetrieb in Dubnica]. Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR, 1949-1951, Dubn., Sign. 63.

⁶⁴ Zápis o mimofádné výborové schůzi DO (díleči organisace) KSS č. 19 závodu K.J. Vorošilova konané dne 10.3.1951 v Trenčíně. [Protokoll der außerordentlichen Versammlung des Ausschusses der Werkstattorganisation der KSS Nr. 19 des Betriebes K.J. Vorošilov, abgehalten am 10.3.1951]. Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR, 1949-1951, Dubn., Sign. 63.

gütig nicht nur ein einfaches, weil konkret zu lösendes Problem, sondern auch ein effektives Mittel der sozialen Befriedung.

Nicht zu lösen waren jedoch die vielen negativen Folgen der Umstrukturierung der 80 TKO und ihre mangelhaft gebliebenen Anbindung an den Betrieb D. Die Abteilung litt latent unter dem Mangel an Ausstattung und Material. Die Produktion verzögerte sich durch die lange Lieferfrist metallurgischer Produkte, da in Dubnica die entsprechenden Produktionszweige lange Zeit fehlten.⁶⁵ Auch Montagehallen für den Zusammenbau von Teilen, die von Sublieferanten kamen, standen nicht zur Verfügung. Der Austausch mit anderen Betrieben verlangsamte sich erheblich, ebenso wie die finanzielle Abwicklung von Lieferungen. Auch die angespannte Arbeitskräftesituation verbesserte sich nicht, da der in dieser Angelegenheit zuständige Personalreferent des Betriebs D trotz mehrfacher Aufforderungen nicht aktiv wurde. Als zusätzliche Belastung wirkte hier noch die ständige Verpflichtung der TKO-Belegschaft zu Arbeiten in Dubnica. Zudem verkürzten die tägliche Anreise und die monatliche Fahrt nach Hause die Arbeitszeit. Die Klage über die schlechten Arbeitsbedingungen verbreiteten sich auch in Pilsen und verhinderten den weiteren freiwilligen Zuzug tschechischer Arbeiter.⁶⁶

Fazit

Wie das Fallbeispiel zeigt, konnten die Vorgaben der Zentralbehörden, die die langfristige Umsetzung wirtschaftlicher und ideologischer Ziele verfolgten, heftig mit der konkreten Ausgangslage in dem betroffenen Betrieb kollidieren. Der Plan zur Umsiedlung der Konstrukteursgruppe erregte Widerstände auf mehreren Ebenen. Zunächst sprach die ökonomische Ausgangslage dagegen. Durch den Stop der Aufbauarbeiten in Bolevec wurden die bis dahin getätigten Investitionen zu sinnloser Verschwendung. Die Herauslösung der 80 TKO aus ihrer soliden Infrastruktur ließ langfristig hohe Einbußen an Funktionalität befürchten. Zudem bedeutete die Entscheidung für die Ansiedlung der Abteilung in der Slowakei einen radikalen Wechsel der politischen Linie sowie den Bruch der Versprechen, die der Belegschaft gemacht worden waren. Diese Inkohärenz weckte das Mißtrauen der betroffenen Arbeiter in die Verlässlichkeit der Entscheidungsträger. Der dadurch drohende Verlust an Arbeitskräften wurde von den Zentralorganen entweder nicht gesehen oder eben einfach in Kauf genommen.

Wirtschaftlich ungünstige Folgen ergaben sich auch für die Pilsener Škodawerke. Angesichts der schweren Beschädigung des Betriebes D durch den Krieg sowie der anstehenden hohen Beanspruchung des Pilsener Werkes durch den Wiederaufbau, erschien es der Betriebsleitung sehr viel sinnvoller, den slowakischen Betrieb zu schließen. Die sehr frühe Nationalisierung des Unternehmens und der direkte Einfluß der Generaldirektion halfen, diese Einwände praktisch schnell zu über-

⁶⁵ Der Bau eines entsprechenden Zweiges in Dubnica wurde erst 1952 begonnen. Fučík: *Czechoslovak armament industry* 108.

⁶⁶ Brief Škoda Pilsen an Dubnica, Abt. Trenčín, 5.1.1951, Archiv Škoda Plzeň, GR-ZBR, 1949–1951, Dubn., Sign. 63.

gehen. Im Gegensatz zur Entscheidungsgewalt jedoch wurde die enorme wirtschaftliche Belastung nicht von dem Pilsener Betrieb genommen. Er wurde folglich mit Aufgaben betraut, die er tatsächlich zu meistern nicht in der Lage war. Deshalb blieben die vorhandenen Probleme, hauptsächlich der Mangel an Arbeitskräften, auf lange Zeit ungelöst.

Die stärkste Opposition gegen die Umsiedlung der 80 TKO kam indessen von Seiten der Belegschaft, die sich wegen der anstehenden Veränderung ihrer Lebenssituation sorgte. Doch die Möglichkeiten der Gewerkschaftsgruppe, ihren Einwänden praktische Gültigkeit zu verleihen, waren begrenzt, besonders, da es der Generaldirektion gelang, ihre funktionale Zweideutigkeit auszunutzen. Indem sie als Vertreter des Betriebes nach Dubnica gesandt wurden, disqualifizierten sich die Gewerkschafter als Vertreter der Belegschaft. Dennoch scheint diese nicht nach anderen Artikulationsmöglichkeiten gesucht zu haben, jedenfalls finden sich in den Akten keine anderen Meinungsäußerungen der Arbeiter außer den Resolutionen des ROH. Sie versuchten höchstens individuelle Lösungen durch ihren Weggang aus der Abteilung oder der Erwirkung einer Sonderfreistellung. Der ROH bemühte sich, als Diskussionspartner für die Zentralbehörden attraktiv zu bleiben. Dazu griff er deren ideologischen Diskurs auf und versuchte, diesen in seinem Sinne, also gegen eine Umsiedlung der 80 TKO, auszudeuten. Doch dies war ein schlecht gewähltes Mittel, denn in ideologischer Argumentation waren die staatlichen Funktionäre klar überlegen. Die Reaktion des Verteidigungsministeriums, das in keinem Punkt auf die spezielle Situation der Arbeiter und ihre konkreten Forderungen einging, sondern diese pauschal abqualifizierte, zeigt zudem sehr deutlich die bereits fest etablierten Machtstrukturen. Das Ministerium sprach eine Drohung aus, und augenscheinlich war sie effektiv, denn die Belegschaft wurde zum Einlenken bewegt. Von ihren ursprünglichen Forderungen konnte sie nur wenige durchsetzen.

Die Ergebnisse der Verlagerung, soweit sie in den vorliegenden Akten erfaßt sind, sind – anders als die des Gesamtprojektes⁶⁷ – als eher negativ zu beurteilen. Die tschechisch-slowakischen Ressentiments konnten auf der Basis dieser Zwangsmaßnahme nicht abgebaut werden. Die Belegschaft der Abteilung bekam die Ablehnung der slowakischen Betriebsleitung deutlich zu spüren. Diese bemühte sich um eine schnelle, konsequente Eingliederung und Unterordnung der 80 TKO. Die Abteilung büßte dadurch ihre traditionelle Eigenständigkeit und das damit verbundene Prestige ein. Abgesehen von den demotivierenden Folgen eines solches Statusverlustes beklagte die Abteilung konkret die erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich daraus ergaben.

⁶⁷ Die Industrialisierung der Slowakei kann insofern als erfolgreich angesehen werden, als sich der slowakische Anteil an der tschechoslowakischen industriellen Gesamtproduktion bis in die sechziger Jahre kontinuierlich vergrößerte. Besonders im Bereich der Rüstung war er bedeutend. Bis 1987, dem Jahr, in dem die gesamtstaatliche Waffenproduktion ihren Höhepunkt erreichte, stieg er auf 60%. Zu diesem Zeitpunkt war eine fast vollständige Kongruenz der wichtigsten ökonomischen Kennziffern zwischen den beiden Landesteilen erreicht. Bei einem Bevölkerungsanteil von 33,7% hatte die Slowakei einen 30%-igen Anteil an der Industrieproduktion und einen 30,9%-igen Anteil an der Erzeugung des Volkseinkommens. Vgl. P r ů c h a : Economic development 75.

Die erzwungene Übergabe hochqualifizierter und anerkannter Arbeitskräfte von Pilsen nach Dubnica brachte die beiden Betriebe schließlich in Konkurrenz zueinander, die auf Kosten der betroffenen Arbeiter ausgetragen wurde. Dies führte dazu, daß das Problem der Arbeitskräfterekrutierung nicht zufriedenstellend gelöst werden konnte und es zwischen beiden Betrieben immer wieder zu Auseinandersetzungen kam.